

BUNDESTAG

Sonst im Papierkorb

Horst Niemeyer, Professor für Instrumentelle und Angewandte Mathematik, half der Bonner Regierungs-Koalition aus parlamentarischer Verlegenheit — mit einer einfachen Prozentrechnung.

In einem Brief an Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel schlug der Chef der Zentralen Rechenanlage an der Marburger Universität vor, den uralten Abzählbrauch aufzugeben, nach dem die Fraktionen gemäß ihrer



Mathematiker Niemeyer
Simple Rechnung

Stärke Abgeordnete in die Parlamentsausschüsse entsenden. Dieses sogenannte Höchstzahlssystem, 1882 von dem belgischen Mathematiker Victor d'Hondt ersonnen, begünstigt die starken Fraktionen*.

So hätte das d'Hondtsche Verfahren nach dem Ausscheiden der Abgeordneten Mende, Starke und Zoglmann die kleine FDP aus vier Ausschüssen vertrieben, und die Regierungskoalition wäre trotz ihrer Mehrheit im

* Beispiel für die Ausschußbesetzung nach d'Hondt: Die auf die Fraktionen entfallenden Mandate (CDU/CSU 253, SPD 237, FDP 28) werden nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt. Das ergibt für die CDU/CSU die Reihe 253, 126, 84, 63 usw.; die SPD 237, 118, 79, 59 usw.; die FDP 28, 14, 9, 7 usw. Alle diese Quotienten werden in der Reihenfolge ihrer Größe durchnummeriert. Sind zum Beispiel 25 Ausschußsitze zu vergeben, dann erhält jede Fraktion soviele Sitze, wie sie Quotienten unter den 25 höchsten Zahlen hat.

Bundestag in zehn von 19 Ausschüssen in die Minderheit geraten.

Die Parlaments-Arbeit wäre in diesem Falle erheblich gestört worden: Vorlagen der Regierungs-Koalition wären von den CDU-beherrschten Ausschüssen verworfen, später aber wieder von der SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag bestätigt worden.

CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer Will Rasner triumphierte: „Noch immer ist es schiefgegangen, wenn gegen die stärkste Fraktion regiert wird.“ Verärgert darüber, daß die Bundestagsverwaltung unter dem CDU-Präsidenten von Hassel prompt den Verlust der Regierungsmehrheit in den zehn Ausschüssen angezeigt hatte, kündigte SPD-Fraktionschef Herbert Wehner offenen Streit an: Die Koalitionsmehrheit im Plenum werde notfalls in einer Kampfabstimmung die Ausschuß-Größen so verändern, daß die FDP wieder ausreichend repräsentiert und die Regierungsmehrheit in den Ausschüssen wiederhergestellt werde.

Rasner, der eine Abstimmungsniederlage der Opposition befürchten mußte, lenkte ein: „Wenn wir uns nicht einmal über technische Zusammenarbeit einigen können, bricht alles zusammen.“

Aus Marburg schließlich kam die Lösung: Das Plenum des Bundestags verabschiedete am letzten Mittwoch eine neue Vorschrift für die Zusammensetzung der Ausschüsse. Darin wird das komplizierte d'Hondtsche Verfahren durch Niemeyers simple Verhältnisrechnung ersetzt. Die Fraktionen besetzen die Ausschüsse in dem Verhältnis, wie sie im Plenum vertreten sind; Stellen hinter dem Komma werden auf- oder abgerundet. Dieses Verfahren ermöglicht eine Verkleinerung oder Vergrößerung der Ausschüsse, ohne daß zugleich die Ausschußmehrheiten verändert werden.

Der FDP zuliebe wurden drei Bundestagsausschüsse mit bisher 29 Mitgliedern auf 25 verkleinert. Statt zwei Vertreter entsendet der Mini-Koalitionspartner dorthin nur noch je einen. Denn ohnehin muß die freidemokratische Schrumpfpartei — die von ihren 28 Abgeordneten sechs als Minister oder Staatssekretäre abgestellt hat — noch 25 Sitze in den Bonner Ausschüssen besetzen.

Der Union zuliebe, die ursprünglich alle Ausschüsse vergrößern wollte, um möglichst vielen Christdemokraten zu Reputation zu verhelfen, wurden drei andere Ausschüsse mit bisher 33 Abgeordneten um vier Mann verstärkt.

Politischer Nutzeffekt für die Koalition: Sie behält ihre von d'Hondt bedrohten Ausschußmehrheiten, die FDP bleibt in allen Ausschüssen vertreten und verliert insbesondere nicht den Vorsitz im Wirtschaftsausschuß.

Der Marburger Prozent-Professor hatte einen günstigen Zeitpunkt für seine Schützenhilfe gewählt: Denn, so Hassels Büroleiter, Ministerialdirigent Peter Scholz: „Zu jeder Zeit sonst wäre so was im Papierkorb gelandet.“